



Staatskanzlei des Landes Brandenburg | Heinrich-Mann-Allee 107 | 14473 Potsdam

Gemeinde Wildau
15742 Wildau

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Bearb.: Schubert
Gesch.Z.: 2.23
Hausruf: (03 31) 8 66 - 1021
Fax: (03 31) 8 66 - 1320
Internet: www.brandenburg.de
simone.schubert@stk.brandenburg.de

Bus / Tram / Zug / S-Bahn
(Haltestelle Hauptbahnhof)

Potsdam, 13. September 2011

**Ihre Schreiben an den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg
vom 21.06.2011 und 14.07.2011**

Sehr geehrte Frau Lange, sehr geehrter Herr Dr. Malich,
sehr geehrter Herr Dr. Franzke,

Herr Ministerpräsident Platzeck bedankt sich für ihre Schreiben und hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Das Thema Flugrouten wird seit Wochen engagiert diskutiert. Ministerpräsident Platzeck hat selbst an zahlreichen Debatten teilgenommen und seine Position auf Demonstrationen vertreten. Dennoch haben sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus Brandenburg und auch aus Berlin in Briefen oder E-Mails über die eingetretene Situation beschwert.

Ich verstehe, dass Unbehagen und auch Verärgerung entsteht, wenn eine Verschlechterung von Lebensqualität durch Infrastrukturprojekte befürchtet wird. Zunächst möchte ich jedoch darauf hinweisen, dass bislang keine Entscheidung in der Sache getroffen ist. Die von der Flugsicherung vorgelegten Vorschläge zu den Flugrouten und eine Vielzahl von Änderungswünschen der Gemeinden werden zurzeit sehr sachlich und zielorientiert in der Fluglärnkommision diskutiert.

Die Deutsche Flugsicherung wurde aufgefordert alles zu tun, damit von ihrem Flugroutenvorschlag so wenig Menschen wie möglich mit so wenig Lärm wie möglich betroffen sein werden. Nach Abschluss der Beratungen der Fluglärnkommision Anfang Juni prüft die Deutsche Flugsicherung, ob sich die Beschlüsse der Kommission umsetzen lassen. Die abschließende Genehmigung der Flugrouten erfolgt durch das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung bis Ende des Jahres.

In der gesamten Debatte hat die Landesregierung von Anfang an immer auf den Schutz der Betroffenen besonderen Wert gelegt. Die zentrale Forderung war und ist: Möglichst wenig Lärmbelastigung für eine möglichst geringe Zahl von Bürgerinnen und Bürgern. Der Landesregierung ist besonders daran gelegen, dass die

Eingegangen

19. SEP. 2011

Eingangsnr. 3477

endgültigen An- und Abflugverfahren für den Flughafen Berlin-Brandenburg International so festgelegt werden, dass die Sicherheit jederzeit gewahrt wird und die Belastungen für die Menschen in beiden Bundesländern gleichermaßen minimiert werden. Nachtflugverkehr von 0.00 bis 5.00 Uhr wird es nicht geben. Für die so genannten Nachtrandzeiten von 22.00 bis 0.00 und von 5.00 bis 6.00 Uhr müssen Lösungen gefunden werden, die möglichst wenig Betroffenheit erzeugen. Deswegen setzt sich die Landesregierung Brandenburg für ein differenziertes Startverfahren gerade in dieser Zeit ein.

Ingesamt gesehen ist die Landesregierung Brandenburg davon überzeugt, dass die Flugrouten und die dazugehörigen Verfahren erheblich flexibler gestaltet werden können. Die in der Fluglärmkommission gefundenen Kompromissvorschläge haben das bestätigt. Ich hoffe, dass eine Lösung gefunden wird, die die Lärmbetroffenheit im Umfeld des BBI so gering wie möglich hält und die hohe Akzeptanz des größten ostdeutschen Infrastrukturprojekts auch bei den Menschen zwischen Werder und Königs Wusterhausen wieder herstellt.

Das für das Land Brandenburg stimmberechtigte Mitglied in der Fluglärmkommission, das MUGV habe ich von Ihrem Vorschlag in Kenntnis gesetzt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Jürgen Vandersee

(Abteilungsleiter für Regierungsplanung und Koordinierung)